



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

die Unionsfraktion steht für die Bereitschaft, auch in schwierigen Zeiten Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Wir wirken mit 246 Abgeordneten in den Wahlkreisen, wir führen Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmern, in Schulen, bei Gesundheitsämtern und Vereinen, mit den Medien, wir diskutieren in den eigenen Familien, mit Verwandten, Freunden und Bekannten. Die Kommunikation in die Breite der Gesellschaft ist eine unserer großen Stärken. Und wir bringen konkrete Verbesserungsvorschläge aus diesen Gesprächen mit in die Sitzungswochen in Berlin. Unserer Führungsverantwortung als größte Fraktion im Deutschen Bundestag gerecht zu werden, heißt zweierlei: Dort, wo es nötig ist, nachsteuern. Probleme müssen offen benannt und angegangen werden. Gleichzeitig wollen wir aber auch dafür sorgen, dass die Menschen in der Krise ihre Zuversicht und ihren Optimismus behalten.

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger ist unser wichtigstes politisches Kapital. In einer Jahrhundert-Pandemie müssen daher alle Verantwortlichen in Gemeinden, Ländern, Bund und Europäischer Union an einem Strang ziehen. Bei allen Schwierigkeiten, die diese Abstimmung mit sich bringt, dürfen wir unser Ziel nie aus dem Blick verlieren: Es geht darum, Menschenleben zu schützen und die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise so weit wie möglich abzumildern. Wir wollen, dass Deutschland zügig und mit Schwung aus der Krise kommt. Dafür brauchen wir ein konstruktives Miteinander auf allen Ebenen und von allen Beteiligten. Das ist nicht immer einfach – hier ist viel Luft nach oben, noch besser zu werden.

Vor 25 Jahren wurde der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar eingeführt. Wir müssen die Erinnerung an die NS-Vergangenheit weiterhin wachhalten. Das ist unser aller Verpflichtung.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Belastungsmoratorium für Landwirtschaft muss her

Wieder wird in Berlin demonstriert. Zusammen mit meinem Fraktionskollegen Axel Knoerig konnte ich am Mittwoch mit mehreren Landwirten und auch Vertretern des Deutschen Bauernverbandes einige kritische Punkte andiskutieren. Immer höheren Anforderungen an die Produktion stehen auf der anderen Seite keine auskömmlichen Preise gegenüber, das kann keine Branche aushalten! Deswegen fordern wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Belastungsmoratorium für die deutsche Landwirtschaft. In dieser äußerst schwierigen Lage wollen wir keine neuen Auflagen zu Lasten der landwirtschaftlichen Betriebe.



Deshalb muss der Entwurf für das Insektenschutzgesetz zwingend überarbeitet werden. Die Vorschläge aus der Feder des SPD-geführten Bundesumweltministeriums sind inakzeptabel. Denn sie unterminieren kooperative Ansätze wie den Niedersächsischen Weg und würden Enteignungen durch die Hintertür bedeuten. Die Sozialdemokraten in Niedersachsen müssen sich dringend mit ihrer Bundesministerin Svenja Schulze auseinandersetzen und endlich mit einer Stimme sprechen: Steht die SPD hinter unseren Bäuerinnen und Bauern oder gegen sie? Das betrifft auch die Roten Gebiete in Niedersachsen, da erwarten wir Transparenz in Bezug auf die Messstellenergebnisse.

Wir als Union wollen nicht nur ein Belastungsmoratorium für den Berufsstand, sondern auch eine Entfesselungsinitiative — vom Baurecht bis Steuern. Die Betriebe müssen die Möglichkeit haben, wieder ordentliche Einkommen zu erwirtschaften und Rücklagen zu bilden.



Bericht aus Berlin

Position der Landwirte in der Kette stärken

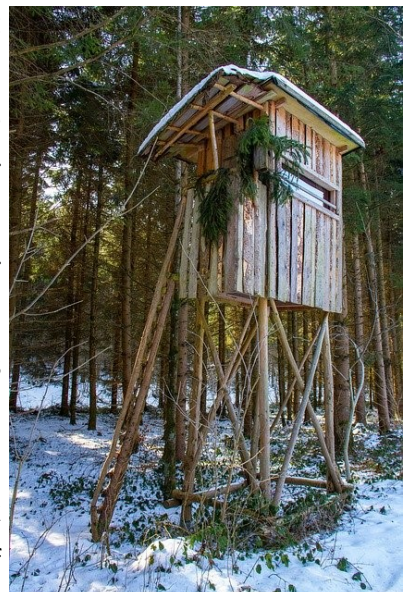
Mit einer Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes setzen wir die sogenannte UTP-Richtlinie um. Oberstes Ziel des Gesetzes ist es, eine faire Verhandlungsbasis in der Lebensmittellieferkette zu schaffen und damit die Position des landwirtschaftlichen Berufsstands zu stärken. Die Vorlage sieht verschiedene Maßnahmen vor, wie z. B. ein Verbot von Auftragsstornierungen in letzter Minute und ein Verbot von einseitigen Vertragsänderungen in Bezug auf Qualitätsstandards oder Zeitpunkt und Umfang der Lieferungen, der Preise etc. Es darf nicht weiter hingenommen werden, dass der Lebensmitteleinzelhandel seine Marktmacht auf dem Rücken der landwirtschaftlichen Betriebe austrägt.



In den nun anstehenden Ausschussberatungen werden wir uns als Union dafür einsetzen, dort, wo es nötig ist, nachzusteuern und nachzuschärfen. Wichtig dabei ist, dass die neuen Regelungen zügig in Kraft treten können. Wir reagieren damit auf die Sorgen der Landwirte und Verarbeiter von Lebensmitteln gegenüber der Marktmacht der großen Handelsketten.

Mehr Sicherheit bei der Jagd

Der in erster Lesung diskutierte Gesetzentwurf soll für mehr Sicherheit bei der Jagd und für den Schutz der natürlichen Umwelt durch ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Wald und Wild sorgen. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir u. a. bundeseinheitliche Regelungen für eine Zertifizierung von Jagdmunition mit optimaler Tötungswirkung bei gleichzeitiger Bleiminimierung, Schießübungsnachweise für Gesellschaftsjagden und einheitliche Vorgaben für die Jäger- und Falknerausbildung und die Prüfungen schaffen. Wir wollen, dass Abschusspläne für Schalenwild regional vor Ort mit den Beteiligten festgelegt werden. Für eine stärkere Eindämmung der Afrikanischen Schweinepest sollen das jagdrechtliche Verbot für Nachtzieltechnik sowie das waffenrechtliche Verbot für Infrarotaufheller bei der Jagd auf Wildschweine aufgehoben werden.





Bericht aus Berlin

Mehr Freiräume für Familien

Mit der Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes, das wir in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten, stärken wir Familien und unterstützen sie dabei, Familienleben und Beruf noch besser miteinander zu vereinbaren. Familien sollen mehr Freiräume erhalten, um die besondere Zeit nach eigenen Vorstellungen und Wünschen zu gestalten. Die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienzeiten zwischen den beiden Elternteilen wird weiter unterstützt. Das halten wir aus frauenpolitischer Sicht für essenziell, um Müttern mehr Work-Life-Balance zu ermöglichen.



Eltern von frühgeborenen Kindern lassen wir zusätzliche Unterstützung durch weitere Elterngeldmonate zukommen – bei besonders früh geborenen Kindern gibt es zusätzlich bis zu vier Monate mehr. Außerdem verbessern wir für Teilzeit arbeitende Eltern im Elterngeldbezug die Anrechnung auf Einkommensersatzleistungen wie Kurzarbeitergeld oder Krankengeld.

Kinder- und Jugendschutz werden gestärkt

Am Freitag berieten wir in erster Lesung einen Gesetzentwurf, der ein breites Hilfsangebot für (Pflege-)Familien bereitstellt. Der Entwurf sieht eine bessere Kooperation zwischen allen wichtigen Akteuren im Kinder- und Jugendschutz vor und reformiert den Hilfeplan für Pflegefamilien. Der Anspruch auf Beratung und Förderung wird festgeschrieben. Auch den Kindern und Jugendlichen selbst kommt ein Beratungsanspruch gegenüber dem Jugendamt zu.



Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sollen durch einen Stufenplan wirksamer in ihrer Eingliederung unterstützt werden.



Bericht aus Berlin

Notfallsanitäter bekommen Rechtssicherheit

Das nun beschlossene Gesetz modernisiert die Ausbildungen in der technischen Assistenz in der Medizin. Schulgeld darf zukünftig für die Ausbildung nicht mehr erhoben werden, eine angemessene Ausbildungsvergütung wird verbindlich vorgesehen. Darüber hinaus wird Notfallsanitätern in besonderen Einsatzsituationen und innerhalb klar definierter Grenzen die Ausübung von Heilkunde gestattet und mehr Rechtssicherheit geschaffen. Diese Reform der vier Berufe in der medizinischen Technologie und der Notfallsanitäter ist ein wichtiger Schritt, um die Berufe zu modernisieren, zu stärken und dadurch attraktiver zu gestalten.



Digitale Verwaltung — Schluss mit der Zettelwirtschaft

Wer will das nicht: Führerschein oder Elterngeld bequem von zu Hause beantragen, ohne die lästige Vorlage von Kopien von Personalausweis und Geburtsurkunde. Wir alle erwarten, dass Verwaltungsleistungen so einfach genutzt werden können wie das Online-Banking. Das jetzt vom Bundestag beschlossene Registermodernisierungsgesetz ist wegweisend für eine bürgerfreundliche und digitale Verwaltung. Künftig gilt: Schluss mit der Zettelwirtschaft. Wir schaffen auf der Basis der Steuer-Identifikationsnummer ein registerübergreifendes Identitätsmanagement für die digitale Verwaltung. Bürgerinnen und Bürger müssen künftig nicht mehr bei jeder Beantragung von Verwaltungsleistungen ihre in staatlichen Registern gespeicherten Daten umständlich heraussuchen und neu eingeben. Der dabei vorgesehene Datenschutz genügt höchsten Ansprüchen und die Nutzung der Identifikationsnummer ist für die Bürgerinnen und Bürger jederzeit transparent. Ein leicht nutzbares ‚Datencockpit‘ bietet ihnen eine einfache, transparente und zeitnahe Übersicht darüber, welche Daten zwischen welchen Behörden übermittelt wurden.

Die Digitalisierung der Verwaltung wird unter Hochdruck vorangetrieben: Bis Ende 2022 sollen mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes rund 600 Verwaltungsleistungen von Bund, Ländern und Kommunen über Verwaltungsportale bequem von zu Hause oder aus dem Büro genutzt werden können. Wir haben mit unserem Konjunkturpaket dafür gesorgt, dass in den kommenden Jahren rund drei Milliarden Euro zusätzlich in die Mammutaufgabe der Verwaltungsdigitalisierung fließen.



Bericht aus Berlin

Bauland mobilisieren und bezahlbares Wohnen sichern

In erster Lesung brachten wir einen Gesetzentwurf ein, mit dem die Kommunen bei der Aktivierung von Bauland und der Sicherung bezahlbaren Wohnens unterstützt werden sollen. In Umsetzung dieses Vorhabens wird ein neuer sektoraler Bebauungsplantyp für den Wohnungsbau eingeführt und das Bauen im Innen- und Außenbereich für bestimmte Fälle erleichtert. Flächen sollen leichter für die Bebauung mobilisiert werden, indem die Anwendungs-



bereiche der gemeindlichen Vorkaufsrechte und des Baugebots für Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten erweitert werden. Für mehr Flexibilität bei der Ausweisung von Wohnungsbauflächen wird außerdem die Baugebietskategorie „Dörfliches Wohngebiet“ eingeführt. Weitere Regelungen heben die Bedeutung grüner Infrastruktur in Städten und Gemeinden für den Klimaschutz hervor und gehen auf flächendeckende Mobilfunkversorgung und Elektromobilität ein. Mit diesem Gesetz kommen wir dem Ziel der schnelleren Bereitstellung von Bauland für den Wohnungsbau und der Flexibilisierung bestehenden Planungsrechts deutlich näher. Wir werden bei den nun anstehenden Beratungen in der Koalition auf das ausgewogene Verhältnis zwischen Interessen der Eigentümer, der Vermieter einerseits und den Mietern und Wohnungssuchenden andererseits achten.

Personenbeförderung zukunftsfit machen

In erster Lesung boten wir einen Gesetzentwurf zur Modernisierung des Personenbeförderungsrechts, der auf den Ergebnissen einer von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer eingesetzten überparteilichen Findungskommission aus Vertretern von Bund und Ländern beruht. Im Kern geht es darum, neue, digitalbasierte Geschäftsmodelle rechtssicher zu ermöglichen und klassische Mobilitätsformen wie insbesondere das Taxigewerbe zu bewahren. Es sollen eine neue Form des Linienverkehrs innerhalb des ÖPNV (Linienbedarfsverkehr) als auch eine neue Form des Gelegenheitsverkehrs außerhalb des ÖPNV (gebündelter Bedarfsverkehr) eingeführt und einzelne Regelungen zum Taxen- und Mietwagenverkehr angepasst werden. Die Änderungen werden so ausgestaltet, dass zwischen den unterschiedlichen Beförderungsformen ein fairer Interessenausgleich gewahrt bleibt und die Länder oder die Kommunen entsprechende Steuerungsmöglichkeiten erhalten.



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum

COVID-19-Wahlbewerberaufstellungsverordnung. Wir befassten uns mit einer Verordnung des Bundesinnenministeriums für die Aufstellung von Wahlbewerbern für die Bundestagswahl 2021 unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie. Mit der Verordnung des Innenministeriums, die der Zustimmung des Deutschen Bundestages bedarf, soll den Parteien ermöglicht werden, ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl am 26. September 2021 auch ohne Präsenzversammlungen zu benennen. Dies gilt insbesondere für die Wahlen von Wahlkreisvertretern, für die Wahl des Wahlkreiskandidaten sowie für die Wahl der Landesliste. Nach der Verordnung sollen Versammlungen zur Wahl von Wahlbewerbern mit Ausnahme der Schlussabstimmung ganz oder teilweise im Wege elektronischer Kommunikation durchgeführt werden können – also z. B. per Videoschalte. So tragen wir auch in diesem Bereich zur Kontaktvermeidung bei.

Jahreswirtschaftsbericht 2021 – sicher und stark in die Zukunft. Unser Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier gab eine Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 2021 ab. Für das Jahr 2021 rechnet die Bundesregierung mit einem etwas schwächeren Wachstum als noch im Herbst erwartet. Die aktuelle Lage ist bestimmt von den Auswirkungen der Corona-Pandemie. So geriet die deutsche Wirtschaft in eine der schwersten Rezessionen seit Jahrzehnten. Im Jahr 2020 ging das Bruttoinlandsprodukt um fünf Prozent zurück. Die wirtschaftliche Entwicklung wird weiterhin maßgeblich vom Pandemieverlauf und von den Maßnahmen zur Eindämmung beeinflusst.

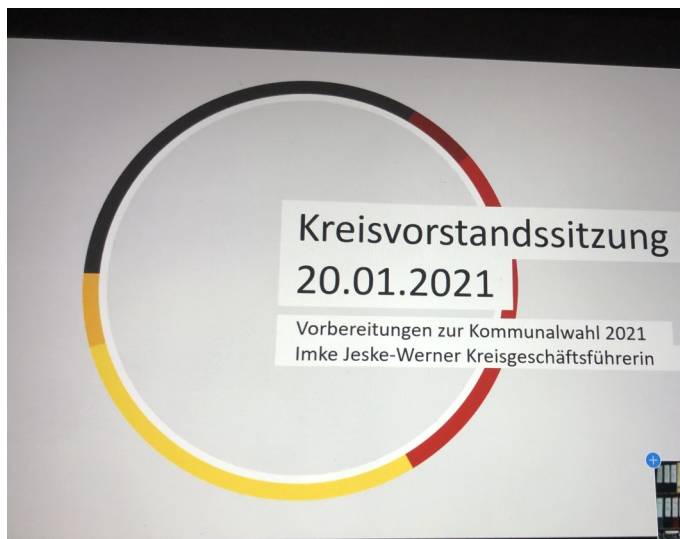
Zweites Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme. In erster Lesung diskutierten wir einen Gesetzentwurf, mit dem die Sicherheit von IT-Systemen in Bundesverwaltung, Wirtschaft, kritischen Infrastrukturen (wie z. B. Strom- oder Wasserversorgung) und im Verbraucherschutz wesentlich gestärkt werden soll. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik soll die Befugnis erhalten, Kontroll- und Prüfbefugnisse gegenüber der Bundesverwaltung auszuüben und an wesentlichen Digitalisierungsvorhaben beteiligt zu werden. Darüber hinaus werden Betreiber kritischer Infrastrukturen verpflichtet, Systeme zur Erkennung von Cyberangriffen einzusetzen. Schließlich wird die Grundlage für ein einheitliches IT-Sicherheitskennzeichen eingeführt, das die IT-Sicherheitsfunktionen insbesondere von Produkten im Verbrauchersegment erstmals für Bürgerinnen und Bürger sichtbar und nachvollziehbar macht.

Einen Überblick über die rund 28 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



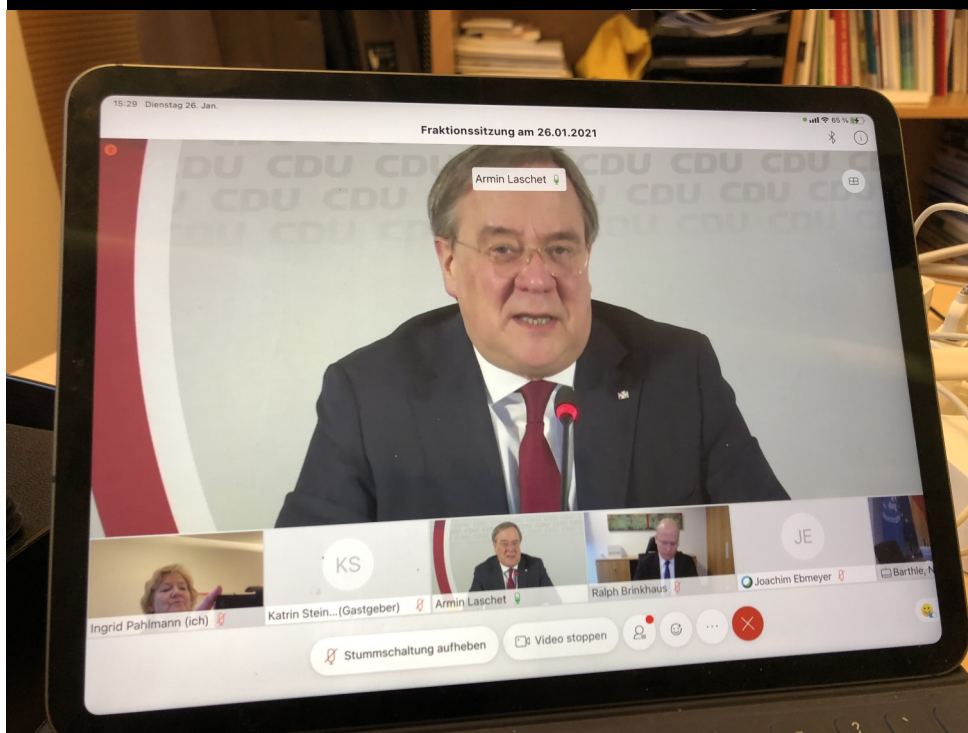
Bericht aus Berlin

Impressionen



Während der Wahlkreiswoche standen mehrere
— auch kommunalpolitische —
Termine auf dem Plan.

Gedenkstunde des Deutschen Bundestages
an die Opfer des Nationalsozialismus.



Erste Fraktionssitzung mit dem frisch gewählten Vorsitzenden
unserer Bundes-CDU.

Mein Berliner Homeoffice.



Bericht aus dem Wahlkreis

Als Junior-Botschafter in die USA

In der vergangenen Wahlkreiswoche habe ich die Zeit genutzt, um mich mit zwei jungen Bewerbern für ein Stipendium des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) zu treffen. Das PPP ist ein Stipendium des Deutschen Bundestages, das in diesem Fall Berufstätigen, aber auch Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gibt, ein Jahr lang in den USA zu wohnen und dort in einer Gastfamilie zu leben, dort zur Schule oder zum College zu gehen, ein Praktikum zu machen und Kontakte zu knüpfen. Die Stipendiaten sind in dieser Zeit Junior-Botschafter und vermitteln bei ihrem Aufenthalt ihre Erfahrungen vom kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Leben in Deutschland. Im Alltag lernen sie, was Deutschland und die USA verbindet und unterscheidet.



Bei den Bewerbern handelt es sich um zwei junge Menschen aus unserer Region, die eine Ausbildung beendet haben. Die Entscheidung fällt mir mehr als schwer. Die beiden Herren haben hervorragende Beurteilungen ihrer Ausbildungsbetriebe, sind aufgeschlossen und kommunikativ und eignen sich beide super als Junior-Botschafter in Amerika.

Im kommenden „Schulterblick“ werde ich Ihnen mitteilen, wie ich mich entschieden habe. Jetzt schon ist aber klar, dass alle beide für den „Job“ als Junior-Botschafter bestens geeignet sind. So gesehen wird es keinen Verlierer geben.



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Bilder:

Kopfzeile S. 2-8: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde

Kopfzeile S. 9: Altes Rathaus Peine: Losch/commons.wikimedia.org; privat; Schloss Gifhorn:

© Anne Bermüller/pixelio.de

Kopfzeile S. 10: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann

Alle weiteren Bilder privat oder Pixabay.